Alles, was Recht ist

Nicht aufgeklärt

Aufklärung, Aufklärung, Aufklärung – alles andere kann dem Zahnarzt zum Verhängnis werden. Dies zumindest geht aus einem Urteil des Oberlandesgerichtes (OLG) Hamm hervor, das einem Patienten jüngst 4000 Euro Schadenersatz wegen fehlender Aufklärung über Anästhesie-Alternativen bei der Zahnbehandlung zugesprochen hat. Demnach kann ein Zahnarzt für eine Behandlung mittels Infiltrations- oder Leitungsanästhesie haften, wenn er den Patienten über die als Alternative mögliche Behandlung mittels intraligamentärer Anästhesie nicht aufgeklärt hat. Die vom Patienten erteilte Einwilligung für den zahnärztlichen Eingriff ist dann unwirksam gewesen. Zugrunde liegt dieser Entscheidung ein Fall, in dem der Zahnarzt seinem Patienten Füllungen erneuerte und den Kieferbereich mittels Leitungsanästhesie betäubte. Eine Behandlung mittels intraligamentärer Anästhesie zog der Zahnarzt nicht in Betracht und klärte den Kläger auch nicht auf. Der Patient beklagte einen Tag später eine taube Zunge und machte eine Schädigung des Zungenervs als Behandlungsfehler geltend, da seine Zunge dauerhaft gefühllos blieb. Über eine mögliche Nervenschädigung und über Alternativen zur Leitungsanästhesie sei er vor der Behandlung nicht aufgeklärt worden. Das Gericht folgte der Klage teilweise: Ein Behandlungsfehler konnte es nicht erkennen, wohl aber die fehlende Aufklärung und damit die mangelnde Einwilligung des Patienten zur erfolgten Anästhesie.

Az: 26 U 199/15

sas

Irregeführt

Das Oberlandesgericht (OLG) Schleswig-Holstein hat der Zahnärztekammer Schleswig-Holstein verboten, das Kriterium „Ehrenkodex“ bei der Praxissuche für Patienten auf ihrer Internetseite zu verwenden. Dadurch werde Einfluss auf die Entscheidung der Verbraucher genommen, ihre Suche an diesem Merkmal zu orientieren. Auf der Website der Kammer war in der Suchfunktion das Wort „Ehrenkodex“ als Suchmerkmal voreingestellt. Der „Ehrenkodex“ war 2014 beschlossen worden. Gegen die Verwendung auf der Kammer-Website wandte sich ein zahnärztlicher Kollege, der den Kodex selbst nicht unterzeichnet hatte. Das Landgericht Kiel hatte ihm bereits Recht gegeben. Dem folgte im Eilverfahren das OLG. Die Voreinstellung verschaffe den Zahnärzten, die den Kodex unterzeichnet hätten, einen Wettbewerbsvorteil und erwecke den Eindruck, der Kodex sei für die Praxissuche ebenso wichtig wie eine Qualifikation als Fachzahnarzt. Dieser Eindruck sei irreführend, befand das OLG. Die im Ehrenkodex aufgeführten Bestandteile seien für die zahnärztliche Tätigkeit selbst nicht relevant, es handle sich vielmehr um „standesrechtliche Selbstverständlichkeiten“, mit denen isoliert nicht geworben werden dürfe. Ein durchschnittlicher Verbraucher könne dies jedoch nicht erkennen, sondern vertraue auf eine sachgerechte Gestaltung der Praxissuche. Der „Ehrenkodex“ wurde aus der Suchmaske der Kammer entfernt.

Az. 6 U 22/15

sas

Hier steht eine Anzeige.